



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION
GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE
Directorate R - Ressourcen
Ressourcenmanagement Karlsruhe

AUSSCHREIBUNG
Offenes Verfahren

JRC/KRU/2017/G.1/0033/OC

**Austausch der Filterbänke-Absperrklappen in den Flügeln A,
B und D**

Ausschreibungsspezifikationen:

Teil 1- Administrativer Anhang

INHALT

1. INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG	3
1.1. Teilnahme	3
1.2. Angebote von Bietergemeinschaften	3
1.2.1. Gemeinsame Angebote	3
1.2.2. Untervergabe von Aufträgen	4
1.2.3. Rückgriff auf Dritte für die Erfüllung der Auswahlkriterien	4
2. BEWERTUNG UND ZUSCHLAGSERTEILUNG	5
2.1. Reihenfolge und Bewertungsgrundlage	5
2.2. Ausschlusskriterien	6
2.3. Auswahlkriterien	7
2.3.1. Rechts- und Geschäftsfähigkeit	7
2.3.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	7
2.3.3. Technische und fachliche Leistungsfähigkeit	8
2.4. Überprüfung der Einhaltung der Ausschreibungsspezifikationen	8
2.5. Zuschlagskriterien	10
2.6. Bewertung und Zuschlagserteilung	10
3. AUFBAU UND INHALT DES ANGEBOTS	10
3.1. Angaben zum Bieter	10
3.2. Nicht-Ausschluss und Auswahl	11
3.3. Technisches Angebot	12
3.4. Finanzielles Angebot	12
4. ZUSÄTZLICHE ANGABEN	12
5. ANHÄNGE	12

1. INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

1.1. Teilnahme

Die Teilnahme an dieser Ausschreibung steht natürlichen und juristischen Personen im Geltungsbereich der Verträge sowie internationalen Organisationen offen.

Sie steht außerdem allen natürlichen und juristischen Personen eines Drittlands, das mit der Union ein besonderes Abkommen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe geschlossen hat, unter den Bedingungen dieses Abkommens offen. In den Fällen, in denen das im Rahmen der Welthandelsorganisation abgeschlossene multilaterale Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen anwendbar ist, steht die Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren auch allen natürlichen und juristischen Personen mit Niederlassung in Staaten, die das Übereinkommen ratifiziert haben, unter den Bedingungen dieses Übereinkommens offen.

1.2. Angebote von Bietergemeinschaften

Wirtschaftsteilnehmer können ein Angebot entweder als Einzelbieter oder als Bietergemeinschaft (gemeinsames Angebot, Abschnitt 1.2.1) einreichen. In beiden Fällen ist die Vergabe von Unteraufträgen zulässig (Abschnitt 1.2.2). Ein Bieter kann sich außerdem auf die Kapazitäten anderer Unternehmen stützen, um die Auswahlkriterien zu erfüllen (Abschnitt 1.2.3).

Der Bieter muss die Rolle eines jeden Wirtschaftsteilnehmers, der am Angebot beteiligt ist, eindeutig festlegen: Mitglied einer Bietergemeinschaft, Unterauftragnehmer oder Dritter, auf dessen Kapazitäten sich der Bieter stützt. Dies gilt auch, wenn Unternehmen beteiligt sind, die zur selben Wirtschaftsgruppe gehören.

Änderungen an der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft oder ein Wechsel des Unterauftragnehmers während des Beschaffungsverfahrens (nach Einreichen des Angebots) oder der Vertragsausführung unterliegen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der öffentlichen Auftraggeber.

Der öffentliche Auftraggeber kann vom Bieter verlangen, ein Unternehmen auszuschließen oder – bei Vergabe von Unteraufträgen oder Rückgriff auf Dritte für die Auswahlkriterien – ein Unternehmen, auf das ein Ausschlussgrund zutrifft oder das ein maßgebliches Auswahlkriterium nicht erfüllt, zu ersetzen.

1.2.1. Gemeinsame Angebote

Ein gemeinsames Angebot ist ein Angebot, das von einer Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern (natürlichen oder juristischen Personen) (mit oder ohne Rechtsform) eingereicht wird – unabhängig von der Verbindung, die zwischen ihnen bestehen mag.

Alle Mitglieder der Gruppe haften gegenüber der auftraggebenden Behörde gesamtschuldnerisch für die Ausführung des gesamten Auftrags, d. h. sie übernehmen sowohl die finanzielle als auch die operative Haftung.

In dem gemeinsamen Angebot müssen die Rolle und die Aufgaben jedes einzelnen Mitglieds eindeutig angegeben werden und es muss ein Rechtsträger (das „federführende Unternehmen“) als alleiniger Ansprechpartner für den öffentlichen Auftraggeber für administrative und finanzielle Aspekte sowie für die operative Verwaltung des Auftrags benannt werden. Das federführende

Unternehmen verfügt über die volle Autorität, die Gruppe und ihre einzelnen Mitglieder während der Ausführung des Auftrags zu verpflichten.

Bei Zuschlagserteilung unterzeichnet der öffentliche Auftraggeber den Vertrag entweder mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft oder mit dem federführenden Unternehmen, das von den anderen Mitgliedern (z. B. durch Vollmachten) dazu befugt wurde, den Vertrag in ihrem Namen zu unterzeichnen.

1.2.2. Untervergabe von Aufträgen

Eine Untervergabe von Aufträgen besteht dann, wenn der Auftragnehmer rechtliche Verpflichtungen mit anderen Unternehmen eingeht, die einen Teil des Auftrags in seinem Namen ausführen werden. Der Auftragnehmer behält jedoch gegenüber der auftraggebenden Behörde die volle Verantwortung für die Ausführung des gesamten Auftrags. Der Einsatz von Freiberuflern oder der Rückgriff auf Tätigkeiten oder Personal jedweden gänzlich anderen Rechtsträgers als des Auftragnehmers gilt als Vergabe von Unteraufträgen, unabhängig von den geltenden nationalen Rechtsvorschriften.

Sämtliche Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Auftrags können an Unterauftragnehmer vergeben werden, sofern die Ausführung bestimmter kritischer Aufgaben gemäß den technischen Spezifikationen nicht dem Bieter selbst bzw. – im Falle eines gemeinsamen Angebots – einem Mitglied der Bietergemeinschaft vorbehalten ist.

Die Bieter müssen angeben, welchen Anteil des Auftrags sie an Unterauftragnehmer weiterzugeben beabsichtigen, falls dies zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebots bekannt ist und die Unterauftragnehmer benennen (nachstehend „benannte Unterauftragnehmer“),

- auf deren Kapazitäten sie sich stützen, um die in Abschnitt 2.3 beschriebenen Auswahlkriterien zu erfüllen;
- die mehr als 20 % des Auftragsvolumens übernehmen sollen.

1.2.3. Rückgriff auf Dritte für die Erfüllung der Auswahlkriterien

Der Bieter kann sich für die Erfüllung der Auswahlkriterien in Abschnitt 2.3 auf die Kapazitäten anderer Unternehmen oder Einrichtungen stützen, unabhängig davon, welche rechtlichen Beziehungen zwischen ihm und diesen Unternehmen bzw. Einrichtungen bestehen. In diesem Fall muss er den Nachweis erbringen, dass er über die notwendigen Mittel für die Ausführung des Auftrags verfügen wird. Dazu muss er eine Erklärung der betreffenden Unternehmen vorlegen, mit der diese sich verpflichten, ihm diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Falls der Zuschlag einem Bieter erteilt wird, der auf ein anderes Unternehmen zurückgreift, um die mindestens erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit zu erreichen, kann der öffentliche Auftraggeber von diesem Unternehmen verlangen, den Vertrag zu unterzeichnen oder – alternativ dazu – eine selbstschuldnerische Bürgschaft auf erste Anforderung für die Erfüllung des Vertrags vorzulegen.

Im Hinblick auf die technischen und fachlichen Auswahlkriterien kann ein Bieter die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Arbeiten ausführen bzw. die Dienstleistungen erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

2. BEWERTUNG UND ZUSCHLAGSERTEILUNG

2.1. Reihenfolge und Bewertungsgrundlage

Angebote, die im Einklang mit den Informationen zur Einreichung von Angeboten aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe eingehen, werden anhand folgender Kriterien bewertet:

- Ausschlusskriterien (Abschnitt 2.2)
- Auswahlkriterien (Abschnitt 2.3)
- Einhaltung der Mindestanforderungen der Ausschreibungsspezifikationen (Abschnitt 2.4)
- Zuschlagskriterien (Abschnitt 2.5)

Der öffentliche Auftraggeber wendet die Kriterien nach keiner bestimmten Reihenfolge an. Ein Bieter, der ein bestimmtes Kriterium nicht erfüllt, wird nicht nach den anderen Kriterien bewertet und ohne Rückmeldung zu dem nicht bewerteten Inhalt des Angebots über den Grund der Ablehnung informiert.

Der Auftrag wird dem Bieter erteilt, der ausgehend von den in Abschnitt 2.5 genannten Zuschlagskriterien das wirtschaftlich günstigste Angebot einreicht, vorausgesetzt

- das Angebot entspricht den Mindestanforderungen der Ausschreibungsspezifikationen und
- der Bieter erfüllt die in den Abschnitten 2.2 und 2.3 des vorliegenden Dokuments vorgegebenen Ausschluss- und Auswahlkriterien befindet und sich in keinem Interessenkonflikt, der sich negativ auf die Erfüllung des Vertrags auswirken könnte.

Der öffentliche Auftraggeber bewertet die Angebote wie folgt:

- Die Ausschluss- und Auswahlkriterien werden anhand der „Ehrenwörtlichen Erklärung zu den Ausschlusskriterien und den Auswahlkriterien“ (Anlage 1) bewertet, die in der Phase der Angebotseinreichung als Nachweis des Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes und der Erfüllung der Auswahlkriterien beizubringen ist (Abschnitt 3.2).
- Die Einhaltung der Mindestanforderungen wird anhand der Unterlagen bewertet, die für die Identifizierung der Bieter (Abschnitt 3.1), das technische Angebot (Abschnitt 3.3) und das finanzielle Angebot (Abschnitt 3.4) eingereicht werden.
- Die Zuschlagskriterien werden anhand des technischen Angebots (Abschnitt 3.3) und des finanziellen Angebots (Abschnitt 3.4) bewertet.

Wenn der Wert des erteilten Auftrags **135,000 EUR** oder mehr beträgt, **muss** der erfolgreiche Bieter vor der Vertragsunterzeichnung und innerhalb einer von der auftraggebenden Behörde vorgegebenen Frist die folgenden Nachweise beibringen:

- Unterlagen, die belegen, dass kein Ausschlussgrund zutrifft (siehe Auflistung in der „Ehrenwörtlichen Erklärung zu den Ausschlusskriterien und den Auswahlkriterien“ (Anlage 1)). Bei einem gemeinsamen Angebot müssen diese Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, diesen Nachweis auch von den benannten Unterauftragnehmern (siehe Abschnitt 1.2.2) und/oder anderen Unternehmen zu verlangen, auf deren Kapazitäten sich der Bieter stützt, um die Auswahlkriterien zu erfüllen, (siehe Punkt 1.2.3).

- Die in Abschnitt 2.3 genannten Nachweise über die rechtliche, die finanzielle und wirtschaftliche sowie die technische und fachliche Leistungsfähigkeit. Bei gemeinsamen Angeboten, bei der Weitervergabe an Unterauftragnehmer und beim Rückgriff auf Dritte für die Erfüllung der Auswahlkriterien muss der Nachweis im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften für jedes Kriterium vorgelegt werden: im Falle einer Gesamtbewertung nur von den Unternehmen, die zur Erfüllung des Kriteriums beitragen, und im Falle von Einzelbewertungen von jedem Unternehmen, für das das Kriterium gilt, einzeln.

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, die vorgenannten Nachweise jederzeit während des Beschaffungsverfahrens und während der Auftragsausführung zu verlangen. Werden die verlangten Nachweise nicht beigebracht, kann dies zur Ablehnung des Angebots führen. Falls sich eine der als Bedingung für die Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren eingereichten Erklärungen oder Angaben als falsch erweist, kann der öffentliche Auftraggeber gegen den Rechtsträger, der falsche Erklärungen/Angaben vorgelegt hat, verwaltungsrechtliche Sanktionen verhängen (Ausschluss oder Geldstrafen).

Die Bieter müssen nicht einreichen:

- Nachweise, die bereits im Zuge eines anderen Beschaffungsverfahrens der Kommission eingereicht wurden, vorausgesetzt die Dokumente sind immer noch gültig und die Ausstellung der Nachweise liegt bei Nachweisen für das Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes nicht länger als ein Jahr vor dem Datum der Anforderung durch den öffentlichen Auftraggeber zurück. In solchen Fällen muss der Bieter ehrenwörtlich erklären, dass die Nachweise bereits in einem früheren Beschaffungsverfahren vorgelegt worden sind, die Referenznummer des Verfahrens angeben und bestätigen, dass sich an seiner Situation nichts geändert hat.
- Ein spezifisches Dokument, auf das der öffentliche Auftraggeber in einer nationalen Datenbank kostenlos zugreifen kann. In diesem Falle muss der Bieter der auftraggebenden Behörde die Internetadresse der Datenbank und gegebenenfalls die erforderlichen Identifizierungsdaten nennen, mit denen das Dokument abgerufen werden kann.

Internationale Organisationen sind von der Verpflichtung befreit, das Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes nachzuweisen.

2.2. Ausschlusskriterien

Mit den Ausschlusskriterien soll bewertet werden, ob ein Wirtschaftsteilnehmer an dem Beschaffungsverfahren teilnehmen bzw. den Zuschlag für den Auftrag erhalten darf.

Ein Bieter wird von dem Beschaffungsverfahren ausgeschlossen, wenn einer der in den Artikeln 106 und 107 der Haushaltsordnung¹ genannten Ausschlussgründe auf ihn zutrifft. Ist der Bieter eine juristische Person, gelten bestimmte Ausschlusskriterien auch für natürliche Personen mit Vertretungsvollmacht, Entscheidungsvollmacht oder Kontrolle über den Bieter und für natürliche oder juristische Personen, die unbeschränkt für die Schulden des Bieters haften. Alle Ausschlussgründe sind ausdrücklich in der „Ehrenwörtlichen Erklärung zu den Ausschlusskriterien und den Auswahlkriterien“ (Anlage 1) aufgeführt.

¹ Verordnung (EU, Euratom) 2015/1929 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Oktober 2015 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32015R1929>

2.3. Auswahlkriterien

Das Ziel der Auswahlkriterien besteht darin, die Leistungsfähigkeit des Bieters für die Durchführung der Arbeiten, die Gegenstand des vorliegenden Beschaffungsverfahrens sind, zu bewerten. Dazu gehören die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die finanzielle und wirtschaftliche sowie die technische und fachliche Leistungsfähigkeit.

Zur Erfüllung der Auswahlkriterien kann ein Bieter auf die Kapazitäten anderer Unternehmen zurückgreifen (Abschnitt 1.2.3).

2.3.1. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

Bieter müssen nachweisen, dass sie die Tätigkeit ausüben dürfen, die für die Durchführung der Arbeiten, die Gegenstand der vorliegenden Aufforderung zur Angebotsabgabe erforderlich sind.

Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit ist durch Dokumente nachzuweisen, die mit dem Formular „Rechtsträger“ (Abschnitt 3) bereitgestellt wurden.

2.3.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Der Bieter muss über die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit verfügen, um den Auftrag bis zum Ende durchführen zu können. Als Nachweis seiner Leistungsfähigkeit muss der Bieter die nachstehend aufgeführten Auswahlkriterien erfüllen.

Bitte beachten Sie, dass die Nachweise zusammen mit dem Angebot eingereicht werden müssen.

Kriterium F1: Der durchschnittliche Jahresumsatz der 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mehr als 600 000 EUR betragen.

- **Nachweis F1:** Kopie der Gewinn- und Verlustrechnungen für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre von jedem beteiligten Rechtsträger - alternativ entsprechende Bankerklärungen.
- **Grundlage für die Bewertung F1:** Dieses Kriterium gilt für den Bieter insgesamt (Gesamtbewertung) - im Falle eines gemeinsamen Angebots die Gesamtleistungsfähigkeit aller Mitglieder der Bietergemeinschaft, aller benannten Unterauftragnehmer und aller Unternehmen, auf deren Kapazitäten für die Erfüllung des Kriteriums zurückgegriffen wird.

Kann ein Bieter wegen eines von der auftraggebenden Behörde anerkannten außergewöhnlichen Umstands die geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er den Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom Auftraggeber als geeignet erachteter Belege erbringen. Er muss dem öffentlichen Auftraggeber in jedem Fall in seinem Angebot zumindest darauf hinweisen, dass ein solcher außergewöhnlicher Umstand vorliegt, und dies entsprechend begründen. Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, weitere Unterlagen anzufordern, um die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bieters zu überprüfen.

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag einem Bieter nicht zu erteilen, wenn die eingereichten Nachweise größere Bedenken im Hinblick auf seine finanzielle Tragfähigkeit zur Durchführung des Auftrags aufwerfen und wenn der Bieter diese Bedenken nicht durch Beibringen von Bemerkungen oder anderen Nachweisen seiner finanziellen Tragfähigkeit abgeschwächt hat.

2.3.3. Technische und fachliche Leistungsfähigkeit

Der Bieter muss über die erforderliche technische und fachliche Leistungsfähigkeit verfügen, um den Auftrag bis zum Ende durchführen zu können. Als Nachweis seiner Leistungsfähigkeit muss der Bieter die nachstehend aufgeführten Auswahlkriterien erfüllen.

Bitte beachten Sie, dass die Nachweise zusammen mit dem Angebot eingereicht werden müssen.

Kriterium T1: Liste der wesentlichen, in den letzten 5 Geschäftsjahren erbrachten Leistungen, die mit dem Ausschreibungsgegenstand gleichwertig sind, insbesondere Lieferung und Montage (also Demontage) von Absperrklappen. Anzugeben ist jeweils der Leistungszeitraum, der Auftragsumfang sowie der Auftraggeber.

Es werden mindestens **3 Referenzen** benötigt

- **Nachweis T1:** Liste der Aufträge/Projekte, die den Mindestanforderungen an die Leistungsfähigkeit entsprechen. Die Liste muss Angaben zu den Start- und Abschlussterminen der Aufträge/Projekte, den Gesamtbetrag des Auftrags/Projekts und den Umfang, die Rolle und den vom Wirtschaftsteilnehmer in Rechnung gestellten Betrag enthalten. Bei noch laufenden Aufträgen wird lediglich der während des Referenzzeitraums fertiggestellte Teil berücksichtigt.
- **Grundlage für die Bewertung T1:** Dieses Kriterium gilt für den Bieter insgesamt - im Falle eines gemeinsamen Angebots die Gesamtleistungsfähigkeit aller Mitglieder der Bietergemeinschaft, aller benannten Unterauftragnehmer und aller Unternehmen, auf deren Kapazitäten für die Erfüllung des Kriteriums zurückgegriffen wird.

Kriterium T2: Kopie der Genehmigung für Tätigkeiten und Beschäftigung in fremden Anlagen oder Einrichtungen nach §15 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) oder Äquivalent in anderen Ländern.

- **Nachweis T2:** eine Kopie der Genehmigung für Tätigkeiten und Beschäftigung in fremden Anlagen oder Einrichtungen nach §15 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) oder äquivalent in anderen Ländern.
- **Grundlage für die Bewertung T2:** Dieses Kriterium gilt für den Bewerber insgesamt - im Falle eines gemeinsamen Angebots die Gesamtleistungsfähigkeit aller Mitglieder der Bietergemeinschaft, aller benannten Unterauftragnehmer und aller Unternehmen, auf deren Kapazitäten für die Erfüllung des Kriteriums zurückgegriffen wird.

Kriterium T3: Fähigkeit, Qualitätssicherungsverfahren einzusetzen, um die Qualität der erbrachten Lieferungen sicherzustellen.

- **Mindestanforderung an die Leistungsfähigkeit T3:** die Qualitätssicherungsverfahren müssen den ISO 9001 oder gleichwertig Qualitätssicherungsnormen entsprechen.
- **Nachweis T3:** ein von unabhängigen Stellen ausgestelltes Zertifikat oder jeder sonstige Nachweis für gleichwertige Qualitätssicherungsverfahren, der die Einhaltung der Mindestanforderungen an die Leistungsfähigkeit bescheinigt
- **Grundlage für die Bewertung T3:** dieses Kriterium gilt für den Bewerber insgesamt - im Falle eines gemeinsamen Angebots die Gesamtleistungsfähigkeit aller Mitglieder der

Bietergemeinschaft, aller benannten Unterauftragnehmer und aller Unternehmen, auf deren Kapazitäten für die Erfüllung des Kriteriums zurückgegriffen wird.

2.4. Überprüfung der Einhaltung der Ausschreibungsspezifikationen

Das Ziel dieser Überprüfung besteht darin, die Übereinstimmung des Angebots mit folgenden Punkten zu bewerten:

- (1) den Verwaltungsformalitäten der Aufforderung zur Angebotsabgabe, die in den Ausschreibungsspezifikationen dargelegt sind: Teil 1- Anhang mit Verwaltungsbestimmungen.
- (2) den technischen Mindestanforderungen, die in den Ausschreibungsspezifikationen festgelegt sind: Teil 2: Technische Spezifikationen.

Das Angebot muss die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten, die in Unionsrecht, einzelstaatlichem Recht, Tarifverträgen oder den in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU² aufgeführten internationalen Übereinkommen im Sozial- und Umweltrecht festgelegt sind.

Für Anforderungen, Normen, Markennamen, Verfahren oder Formate, die in den technischen Spezifikationen genannt sind, wird vollständig gleichwertiger Ersatz akzeptiert, sofern nicht anders vorgegeben. Es obliegt dem Bieter, die uneingeschränkte Gleichwertigkeit zu begründen.

Angebote können in den folgenden Fällen als nicht den Ausschreibungsspezifikationen entsprechend eingestuft werden:

- Sie enthalten nicht die Angaben und Dokumente, die für die Identifizierung der Bieter erforderlich sind (siehe Abschnitt 3),
- sie enthalten ein unvollständiges, inkonsistentes finanzielles Angebot,
- sie bieten einen Preis an, der über den festgelegten maximalen Mitteln liegt oder sie bieten einen ungewöhnlich niedrigen Preis an,
- sie decken nicht alle Mindestanforderungen der technischen Spezifikationen ab oder weichen von ihnen ab,
- sie schlagen eine andere als die in den technischen Spezifikationen beschriebene Lösung vor (Varianten sind nicht zulässig),
- sie halten die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Unionsrecht, einzelstaatliches Recht, Tarifverträge oder durch die in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU aufgeführten internationalen Übereinkommen im Sozial- und Umweltrecht festgelegt sind, nicht ein,
- sie enthalten keine Alternativen, wenn dies obligatorisch verlangt wird,

Diese Angebote können wegen Nichteinhaltung der Ausschreibungsspezifikationen abgelehnt werden und werden nicht bewertet.

² Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65).

2.5. Zuschlagskriterien

Das Ziel der Zuschlagskriterien besteht darin, nach der nachstehend angeführten Vergabemethode das technische und finanzielle Angebot im Hinblick auf die Auswahl des wirtschaftlich günstigsten Angebots zu bewerten.

- Vergabe nach dem niedrigsten Preis

Den Zuschlag erhält das preisgünstigste Angebot. Der für die Bewertung berücksichtigte Preis ist der Gesamtpreis des Angebots, der sämtliche Anforderungen und gegebenenfalls sämtliche in den Ausschreibungsspezifikationen vorgesehenen Alternativen abdeckt.

Der Gesamtpreis muss ein Festbetrag sein, der sämtliche Kosten beinhaltet (Pauschalpreis).

2.6. Bewertung und Zuschlagserteilung

Die Angebote werden in absteigender Reihenfolge nach dem Preis sortiert, d. h. das Angebot mit dem zweitniedrigsten Preis steht an zweiter Stelle usw.

Der Auftrag wird dem Bieter erteilt, der den ersten Platz einnimmt, auf den keiner der Ausschlussgründe zutrifft, dessen Angebot den Anforderungen der Ausschreibungsspezifikationen entspricht und der die Auswahlkriterien erfüllt.

3. AUFBAU UND INHALT DES ANGEBOTS

Die Angebote müssen folgendermaßen aufgebaut sein:

3.1. Angaben zum Bieter

Das Angebot muss Folgendes enthalten:

- Ein Begleitschreiben, das von einem bevollmächtigten Vertreter des Bieters (bei gemeinsamen Angeboten: von bevollmächtigten Vertretern jedes einzelnen Mitglieds oder des federführenden Unternehmens, das von den anderen Mitgliedern ordnungsgemäß dazu bevollmächtigt wurde) unterzeichnet und in dem Folgendes deutlich angegeben ist:
 - Name des Bieters, einschließlich der Namen aller Mitglieder der Gruppe bei einem gemeinsamen Angebot sowie ihre Aufgaben während der Ausführung des Auftrags,
 - die Referenznummer und der Titel des Angebots,
 - gegebenenfalls die Namen von Unterauftragnehmern und Unternehmen, auf deren Kapazitäten sich der Bieter stützt, um die Auswahlkriterien zu erfüllen, sowie deren Aufgaben während der Ausführung des Auftrags,
 - die Gültigkeitsdauer des Angebots (in Ermangelung einer solchen Angabe geht der öffentliche Auftraggeber davon aus, dass das Angebot mindestens für die im Einladungsschreiben genannte Mindestgültigkeitsdauer gültig ist),
 - die Kontaktangaben für die Kommunikation mit der auftraggebenden Behörde (einschließlich Ansprechpartner und E-Mail-Adresse),
 - die Bestätigung der Annahme der Bedingungen der Ausschreibungsspezifikationen und des Vertragsentwurfs,

- die Angabe, ob der Bieter (bei gemeinsamen Angeboten: jedes Mitglied) ein kleines oder mittleres Unternehmen gemäß der Empfehlung der Kommission 2003/361/EG ist (diese Angaben dienen ausschließlich statistischen Zwecken).
- Nachweise dafür, dass die Person, die das Begleitschreiben und andere Dokumente im Namen des Bieters unterzeichnet hat, auch dazu bevollmächtigt ist (z. B. Kopie der Bekanntmachung/Veröffentlichung der Vollmacht oder Auszug aus dem Handelsregister). Wird diese Vollmacht auf eine andere, in der offiziellen Vollmacht nicht genannte Person übertragen, so ist dies auf jeden Fall zu belegen.
- (falls zutreffend) Nachweis, dass das federführende Unternehmen des gemeinsamen Angebots dazu bevollmächtigt ist, das Begleitschreiben und – falls das gemeinsame Angebot erfolgreich ist – den Vertrag im Namen der anderen Mitgliedern der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.
- (falls zutreffend) Ein Dokument, das die Verpflichtung von Unterauftragnehmern/Dritten nachweist, auf deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung der Auswahlkriterien zurückgreift und das bestätigt, dass dem Bieter die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die für die Erfüllung des Auftrags erforderlich sind.
- Von einem bevollmächtigten Vertreter des Bieters (jedes Mitglieds der Gruppe bei gemeinsamen Angeboten) unterzeichnetes Formular „Rechtsträger“ und die im Formular angegebenen Nachweise.

Das Formular kann unter folgender Internetadresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/legal_entities/legal_entities_de.cfm

Bieter, die bereits im Rechnungsführungssystem des Auftraggebers erfasst sind (d. h. schon einmal direkte Auftragnehmer der Kommission waren), müssen das Formular vorlegen, sind jedoch nicht verpflichtet, die verlangten Nachweise zu erbringen.

- Von einem bevollmächtigten Vertreter des Bieters (nur des federführenden Unternehmens bei gemeinsamen Angeboten) unterzeichnetes Formular „Finanzangaben“ und die im Formular angegebenen Nachweise.

Das Formular kann unter folgender Internetadresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/financial_id/financial-id_de.cfm

3.2. Nicht-Ausschluss und Auswahl

Als Nachweis für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und für die Erfüllung der Auswahlkriterien reicht während der Phase der Einreichung des Angebots die „Ehrenwörtliche Erklärung zu den Ausschlusskriterien und den Auswahlkriterien“ (Anlage 1), die unterzeichnet und datiert wurde von einem bevollmächtigten Vertreter

- des Bieters (jedes Mitglieds der Bietergemeinschaft bei gemeinsamen Angeboten) und
- (falls zutreffend) jedes benannten Unterauftragnehmers (siehe Abschnitt 1.2.2) und
- (falls zutreffend) jedes Dritten, auf dessen Kapazitäten für die Erfüllung der Auswahlkriterien zurückgegriffen wird (siehe Abschnitt 1.2.3).

3.3. Technisches Angebot

Es sind die Pauschal- bzw. Einheitspreise der geforderten Leistungen anzugeben. Das Angebot muss alle in den technischen Spezifikationen geforderten Aspekte und Leistungen berücksichtigen sowie alle zur Bewertung der Einhaltung der Mindestanforderungen und zur Anwendung der Zuschlagskriterien erforderlichen Informationen umfassen.

3.4. Finanzielles Angebot

Der Angebotspreis ist

- als **Pauschalpreis** (d. h. er umfasst sämtliche Anforderungen der Ausschreibungsspezifikationen abdecken und alle möglichen Verlängerungen und Alternativen),
- in Euro (d. h. keine Wechselkursanpassung, die Folgen von Wechselkursschwankungen trägt der Bieter) anzugeben.
- mit gesonderten Mehrwertsteuer und sonstige Abgaben, da die Europäische Union hiervon gemäß den Artikeln 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union befreit ist,

4. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

Die Aufforderung zur Wettbewerbsteilnahme und etwaige zusätzliche Informationen stehen auf einem speziell eingerichteten Abschnitt der Website des öffentlichen Auftraggebers unter folgender Adresse zur Verfügung: <http://web.jrc.ec.europa.eu/callsfortender/>

Bieter werden aufgefordert, diese Internetadresse, auf der Antworten auf eingehende relevante Fragen und auf Anfragen betreffend zusätzliche Informationen veröffentlicht werden, regelmäßig zu konsultieren. Es obliegt dem **Bieter**, die Aktualisierungen und Änderungen während des Ausschreibungszeitraums zu überprüfen.

Zusätzliche Informationen, einschließlich der gerade genannten, werden auf der in Abschnitt I.3 der Auftragsbekanntmachung angegebenen Website veröffentlicht. Die Website wird regelmäßig aktualisiert, und Sie sind innerhalb der Einreichungsfrist selbst dafür verantwortlich zu überprüfen, ob Aktualisierungen oder Änderungen vorgenommen wurden.

Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Anfragen nach zusätzlichen Informationen zu beantworten, die weniger als sechs Arbeitstage vor dem in Abschnitt IV.2.2 der Auftragsbekanntmachung angegebenen Datumeingehen.

5. ANHÄNGE

Anlage 1: Ehrenwörtliche Erklärung zu den Ausschluss- und Auswahlkriterien

Anlage 2: Musterformular zur Auswertung der Auswahlkriterien